

Das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustrierte „Jahrbuch“...



„Berliner Tageblatt“ erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags...

Berliner Tageblatt

Nummer 272. Berlin, Sonnabend, den 1. Juni 1901. XXX. Jahrgang.

Siehe die Wochenbeilage „Haus, Hof, Garten“ (Mittheilungen über Landwirtschaft, Gartenbau und Hauswirtschaft) Nr. 22 und „Ziehungsliste Nr. 14.“

Amerikanische Intrigen in Brasilien.

Von einem Deutschen, der vor Kurzem aus Brasilien zurückgekehrt ist, wird uns in Folge unseres Artikels „Die Deutschen in Brasilien und die Antidutschbewegung“ in Nr. 258 des Berliner Tageblattes die Nr. 44 des „Argo“...

In der „Gazeta de Noticias“ lesen wir folgende Zeile: „Berlin 6. April. Die Zeitungen von heute berichten, daß Kaiser Wilhelm in einem aufsehenerregenden Vernehmen erkrankt ist.“

Das erste dieser Zeilegen trägt den Stempel der Füge und Entlassungsmaschine an der Stirn. Das zweite ist eine nachamerikanische Unverschämtheit, die aus letzter Großsprecher hinausläuft.

„In der Gewissenshaft“ schreibt uns dazu: „Wie Sie aus leitender deutsch-brasilianischer Zeitung erleben, wird die Hege gegen die deutsche Regierung in den brasilianischen Landeszeitungen laufig weiter betrieben.“

Die deutsche und doch immer wieder zu Tage tretende Absicht dieses Eitens ist offenbar, das gute, zivilisierte Deutschland und Brasilien beiderseits Freundschaftsbeziehungen zu treuen, um dann vielleicht selber im Zehnen sitzen zu können.

lichkeit in dem brasilianischen Charakter zu achten, die den Brasilianer in den Augen jedes Patrioten nur noch höher heiligen läßt. Einmal die Rücksicht auf unsere überseeischen Handel, und hierbei kommen wir an die hauptsächlichste Ursache, weshalb die Nordamerikaner in mer wieder durch neue Hegartikeln den Argwohn der Brasilianer gegen die deutsche Regierung wachrufen. Ist die deutsche Ausfuhr nach Brasilien auch in letzter Zeit etwas zurückgegangen, so hat doch gerade Deutschland am meisten Ansehen, unter allen importierenden Staaten in Brasilien allmähig die erste Stelle einzunehmen.

Wir haben diesen wachstumsgetriebenen und verdienstvollen Darlegungen eines Deutschen, der mehrere Jahre in Brasilien gelebt hat, nichts hinzuzufügen. Sie sprechen für sich selbst. Es wäre nur wünschenswert, daß die deutsche Regierung dafür Sorge trage, derartigen amerikanischen Sagenmeldungen in entsprechende Weise entgegenzutreten, als auch gegenüber dem immer wieder auftauchenden New Yorker Herald-Märchen über die angeblich geplante Errichtung einer deutschen Kolonisation in Llanquihue an der Insel Margarita an der Küste Venezuelas geheißen.

Die Thatfache, daß die Anträge des Kaisers im Ratino des zweiten Garaberegiments nicht in der offiziellen Presse, sondern in einem hiesigen Sentationsblatt veröffentlicht worden ist, hat in der germanischen Presse keine Mißbilligung gefunden. Mit Rücksicht auf diesen allgemeinen Ausdruck der öffentlichen Meinung bringt jetzt freilich etwas spät — die Nordd. Allg. Ztg. folgende offizielle Auslassung:

Ein hiesiges Verlautbarung hat Mittheilungen über einen Einbruch veröffentlicht, den Seine Majestät der Kaiser im Offiziersregiment des 2. Garaberegiments zu Fuß nach dem Exzerzierplatz des 2. Garaberegiments abgehalten hat. Von einiger Ungenauigkeit abgesehen, ist die Anrede im Ganzen richtig wiedergegeben. Obwohl ihr Inhalt auf allgemeine Zustimmung rechnen konnte, müssen wir doch darauf aufmerksam machen, daß die Publikation in dem Verlautbarung auf einem Verlautbarungsbuch beruht, da die in solchen Fällen notwendige Autorisation zu der Veröffentlichung nicht erteilt worden war.

Diese Feststellung ist, mag sie auch spät kommen, immerhin auch sehr noch angebracht. Uebrigens bedeutet die offizielle Mittheilung, nebenbei auch einen gründlichen Bericht der lässlichen „Kreuzzeitg.“, die sogar dieses unpolitische Vorurtheil nicht vorübergehen lassen konnte, ohne sich an der liberalen Presse zu erheben. Das sich so gegen als Hofblatt aufspielende Organ der Reaktion brachte zur selben Zeit zu der die offizielle Auslassung erschien, eine Noth, in der sie weiter anderen sagten: „Wenn das genannte Blatt die Hoff. Ztg.) übergeben könnte, so bräucht darüber kein Wort verloren zu werden, daß der Bericht über den Einbruch des Kaisers nicht mit seinem Willen und Willen veröffentlicht ist — so sind wir gerade der entgegengelegten Ansicht. Ohne Willen und Willen seiner Majestät des Kaisers konnte die Veröffentlichung unmöglich erfolgen.“ Die prompte entgegengelegte Feststellung der Nordd. Allg.

Zig. wird der sich allwissend gebierenden Kräfte, demuthlich nicht gerade angenehm sein. Uebrigens scheint die Haltung der offiziellen Noth dazu hinzudeuten, daß es nur zur Veröffentlichung von Anträgen des Kaisers in nur literarischen Kreisen einer ausdrücklichen Ermächtigung bedarf.

„Wie wir aus gut unterrichteten politischen Kreisen in Barmen erfahren, hat die von Seiten der Volkswirtschaft gegebene Anregung zur einheitlichen deutschen Weichspinnmarke den Erfolg gehabt, daß ein darauf bezüglicher Vorschlag in der Ausarbeitung begriffen ist und der württembergischen Kammer so bald wie möglich vorgelegt wird.“

„Zu der im gestrigen Abendblatt wiedergegebenen offiziellen Auslassung über die Nichtauslösung des Abgeordnetenhauses gefüllt sich noch ein zweite ähnliche Verführung in der Münchener „Allg. Ztg.“. Aus beiden Rundgebungen geht hervor, daß das Abgeordnetenhaus vor seinem Wiederzulauintritt nicht aufgelöst werden soll. Für diejenige, die dann werden soll, gilt das konstitutive Quorum sit futurum eras, fuge quatenus vult das konstitutive Quorum nicht. Interzessant und für die Beilegung der gegenwärtigen und der künftigen Situation vielleicht nicht ohne Werth ist folgende Auslassung der „Dtsch. Tagesz.“:

„Das Graf Bismarck seine Meinung hat, dieses Verwaltlichkeit über die Auflösung, 2. Red.) zu verhindern, glauben wir gern. Es wird sein dem. 2. Red.) die Absicht obgenannt habe, schon jetzt zur Auflösung zu schreiben, und daß es dem Ministerpräsidenten nur gelingen lie, die Auslösung der Absicht durch den Spindel darauf zu verhindern, daß man noch eine gewisse Zeit in der Besetzung der Absicht eingemessen vorbereiten.“

„Man wird also bis zum Herbst warten müssen, ehe man eine wird, ob Graf Bismarck der Staatsrede sich fügen oder ob er sie aufrichtig lassen wird. Und vielleicht wird man das auch nicht dem Wiederzulauintritt des Abgeordnetenhauses nicht so bald erfahren.“

„Wie wir freierzeit meldeten, war auf Grund der Bestimmungen des braunschweigischen Vereinsgesetzes die Theilnahme von Frauen an dem gegenwärtig in Braunschweig tagenden Evangelisch-sozialen Kongress vorvorbereitet für unzulässig erklärt worden. Mit Rücksicht hierauf nahm der Kongress eine Erklärung an, in der er unter anderem sagt:

„Der Kongress hat in einem Besche, welches den deutschen Frauen das Recht nimmt, über die Gestaltung der sie selbst betreffenden Verhältnisse ihre Ansichten und Wünsche zu äußern, den Ausdruck unzulässiger Annullation des Staatsrechts und bebahnt, daß durch die Festung eines solchen Gesetzes die bisherigen Kongressverhandlungen der Theilnahme und Mitwirkung der Frauen verbannt sind. Der Kongress hat es für ein unabweisbares Bedürfnis der Weichspinnheit, daß durch reichsgefällige Beschlüsse die bisher bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen des Vereins- und Berathungsrechts der Frauen so bald wie möglich beseitigt werden.“

Aus den Verhandlungen des Kongresses ist für weitere Kreise das Referat des Vorredners der Gesellschaft für soziale Reform, Staatsminister v. Bielefeld über die soziale Entwicklung in der ersten Nachschicht nach der Aufhebung der Frage, ob die Aufhebung des Sozialengesetzes einen Fortschritt oder einen Rückschritt auf dem Wege zum sozialen Frieden bedeute, ob bei den Arbeitern die Aufhebung, daß die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung unzulässig und einer völligen Umwidmung zu unterwerfen sei, zu überabnehmen im Ganzen also, ob die Abhebung zur Gewalthätigkeit oder zum Frieden, zur Verwirklichung mehr macht. Herr v. Bielefeld beirrit den auch nach unserer Auffassung richtigen Standpunkt, daß sich in der That, dank der Haltung von Männern wie v. Bismarck und Bismarck in der Arbeiterbewegung eine starke Annäherung auf der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf friedliche Bahnen der Entwicklung vollzieht.

„Das Endziel“, sagt er, „tritt zurück, der Klassenkampf die gewaltthätige Anhebung des Eigentums an Produktionsmitteln verliert, die Gegenwartsarbeit tritt immer mehr in den Hintergrund auf den Parteien hervor aus politischen und wissenschaftlichen Gründen.“ In dieser Richtung wirken auch die Arbeitsnachweise, die Gewerbegerichte, deren Benutzung als Einigungsämter fländig jammirt.

„Wie wäre es“, sagt Herr v. Bielefeld, „ob 1890 möglich gewesen, daß eine aus Arbeitern und 9 Arbeitgebern des Braunschweiger besetzende Arbeiterkommission in Berlin ganz friedlich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf Jahre hinaus festsetzt? — Die Arbeiterentscheidung hängt wesentlich von dem Verhalten der Arbeitgeber ab und gebildeteten Kreise ab von ihrem Willen, soziale Reform zu treiben und die materielle Lage der Arbeiter zu heben.“ In der Debatte gab unter Anderen Professor Dr. Waagner ebenfalls anderen Ansichten Ausdruck: „Die sozialdemokratischen Führer redeten stets von den Rechten, aber nie von den Pflichten der Arbeiter. Es sei ein Pantheismus des Glaubens, der die Sozialdemokraten entsetzt, und diesen geht es so beklommen. Das Auftreten Bismarcks und Bismarcks ist erstreblich, aber man solle sich darüber nicht täuschen; ganz konnten sie vom alten Standpunkt nicht los.“